

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1919**

15.4.1919 (No. 90)

Expedition: Karlsruher Straße Nr. 14. Fernsprecher: Nr. 953 und 954. Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3515.

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich: Hauptredakteur: C. Amend. Druck und Verlag: G. Braunsche Hofbuchdruckerei, beide in Karlsruhe.

Bezugspreis: vierteljährlich 5.42 P.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 5.42 P. — Einzelnummer 10 P. — Anzeigengebühr: die 7 mal gebaltene Zeile oder deren Raum 30 P. zugüglich 20 % Steuerzuschlag. Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Klageerhebung, Zwangsversteigerung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Walschneiderei, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder telephonischer Abstellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. — Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Berücksichtigung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

### Das Wichtigste.

#### Um den Wilson-Frieden.

Nach einer Meldung des „Allgemeinen Handelsblat“ aus London schreibt der Newyorker Korrespondent des „Daily News“ anlässlich der Angriffe, die von kontinentalen Imperialisten auf Amerika unternommen werden: „Es steht der Welt frei, den Frieden zu schließen, der ihr am besten paßt, und wir werden die unvermeidlichen Folgen davon tragen müssen. Die neue Welt hat aber ihrerseits das Recht darauf, sich einem so gefährlichen Zustande zu entziehen. Clemenceau kann enau den Frieden schließen, den er will, wenn er von Amerika nicht verlangt, daß es ihn garantiere. Nach Ansicht der verständigen Amerikaner treibt Frankreich damit, daß es das Recht verlangt, für die Dauer große Teile der deutschen Bevölkerung unter sein Joch zu bringen, einem künftigen Weltkriege zu, in dem Frankreich nicht imstande sein wird, sich anders zu verteidigen, als mit Hilfe seiner Freunde. Nach amerikanischer Auffassung würde es, selbst, wenn es derart von fremdem Schicksal abhängen würde, durch einen Krieg viel mehr verlieren, als es durch die Koffensfelder an der Saar gewinnen kann.“

In einem Artikel in der „Daily News“ fragte Gardiner: „Müssen wir Engländer Frankreich unterstützen oder Amerika? Beide zugleich können wir nicht unterstützen, weil ihre Forderungen einander entgegengesetzt sind. Die englische Regierung muß sich entweder mit Frankreich für einen militärischen Frieden erklären oder mit Amerika für einen reinen Frieden. Sie wird auf jeden Fall der Dämonie sein. Wir dürfen und nicht ihre Führer lassen. Amerika steht entschlossen hinter seinem Präsidenten und einem Weltfrieden und gegen einen französischen Frieden. Wenn Wilson den Frieden, den er wünscht, bekommen kann, wird das Land ihn unterstützen. Wenn er ihn nicht bekommt, dann wird es ihn ebenfalls unterstützen, aber zu dem Zweck, Europa im Stiche und seine eigene Suppe auslöffeln zu lassen. Amerika wird dann in seine isolierte Stellung zurückkehren, die aber nicht so fein wird wie früher, sondern eine bewaffnete Isolierung. Es wird sich dann auf den Banterio t Europas im nächsten Weltkriege vorbereiten müssen. Es ist jetzt die Pflicht, einen amerikanischen Frieden zustande zu bringen. Demgegenüber muß alles andere zurückgehen.“

#### Der neue Reichsfinanzminister.

In der am Sonnabend nachmittag abgehaltenen Fraktionsberatung der demokratischen Partei wurde an den bisherigen Reichsfinanzminister Dr. Schiffer die einstimmige Bitte der Fraktion gerichtet, in Ämte zu bleiben. Dr. Schiffer lehnte diese Bitte ab und begründete seinen Entschluß. Die Fraktion schritt darauf zur Wahl eines Nachfolgers aus ihrer Mitte; die Erörterungen dauerten mehrere Stunden und hatten als Ergebnis die einstimmige Wahl des Staatssekretärs a. D. Dr. Bernhard Lenzburg, der die Wahl annahm. Die Reichsregierung wurde von dem Ergebnis in Kenntnis gesetzt. Dr. Lenzburg wird die Geschäfte voraussichtlich schon in den nächsten Tagen übernehmen.

#### Die Ereignisse in Bayern.

Aus Augsburg meldet das ZTB. vom 14. April: Der Schnellzug 240 nach München ging gestern abend statt um 10 Uhr erst um halb 12 Uhr von hier ab. Er wurde nur bis Pasing abgefertigt, weil um diese Zeit im Münchener Bahnhofstrassen n heftige Kämpfe stattfanden. Es wurden Minen geworfen und das Durcheinander des Kampfes war so groß, daß Freund und Feind sich nicht mehr auskannten. 60 Verwundete wurden gezählt. Das Innere des Bahnhofgebäudes wurde demoliert und geplündert. Heute ist der Verkehr nach München mit Schwierigkeiten verbunden. Die Züge werden abgefertigt, erreichen im günstigsten Falle aber nur Pasing. Es kommen keine Züge von München hier an. Die Strecke nach Neu-Ulm ist wieder frei. Sie war nicht zerstört, sondern zwischen Mößlshofen und Dinkelscherben haben regierungstreue Arbeiter und Soldatenräte der Bezirksämter dort die Züge nicht durchgelassen. Die Strecke nach Donauwörth ist frei.

Aus Nürnberg wird einer Berliner sozialdemokratischen Korrespondenz gemeldet: „In Nord- und Südbayern ist alles in bester Ordnung. In München steht die weitans größere Zahl der Truppen auf Seiten der Regierung Hoffmann. Die Kommunisten haben eine hohe Anzahl von Arbeitslosen bewaffnet und es finden dort immer noch Kämpfe zwischen ihnen und den Regierungstruppen statt. Jedoch beherrschen die Regierungstruppen völlig die Lage.“

#### Plünderungen in Stettin.

Zu Ausschreitungen und Plünderungen kam es in Stettin, durch Grebender der Spartakisten ausgewählt. Die Menge stürmte die großen Lager der Firma Schanz, wo große, für die Reichswehr bestimmte Mengen Butter, sowie Seife und Fischkonserven lagerten. Die Menge erbrach die großen Türen. Ein starkes Schußmanöver schloß später den Platz ab. Die Freifahnenwache wurde verstärkt.

### Der goldene Mittelweg zur Erreichung der Einheitsschule.

Von Dr. S ch e n d - B r a u n \*

Das Problem der Einheitsschule beherrscht zur Zeit fast alle organisierten, pädagogischen und methodischen Erörterungen der Lehrer-Zeitungs- und Zeitschriften. Für und Wider wurden eifrig verfochten. Auch die politischen Parteien haben zu der Forderung der Einheitsschule in ihrem Parteiprogramm oder in öffentlichen Kundgebungen Stellung genommen. Um welche Einheitsschule handelt es sich? Noch kann man nicht von einer Einheitsschule reden, da die Organisationspläne dieser Zukunftsschule (Pläne von Tews, Rein, Kerckhoffer, Schulz usw.) in manchen wichtigen Fragen auseinander gehen.

Es muß auch hier, auf dem Gebiete der Schulorganisation, ein Kompromiß geschlossen werden; auch hier wird der goldene Mittelweg die Verwirklichung der Hauptgedanken der Einheitsschule am besten zur Durchführung gelangen lassen.

Und die grundlegenden Gedanken dieser großzügigen Schulreform sind:

1. Allen Kindern ist der ihren Gaben, Kräften und Neigungen entsprechende Bildungsgang zu gewähren.
2. Die Entscheidung für die Wahl der einzelnen Schulgattungen muß hinausgeschoben werden.
3. Ein Übergang zwischen den einzelnen Schulgattungen ist ohne großen Verlust und ohne große Vergeudung an Arbeitskraft zu ermöglichen.

Der folgende Plan will diesen Gedanken gerecht werden. (Diese Ausführungen beschäftigen sich nur mit der Organisation und nicht mit dem in n e r e n A u s b a u der einzelnen Schulstufen der Einheitsschule.)

Der Unterbau der Einheitsschule — die Grundschule — soll nicht vier oder sechs, sondern acht Schuljahre umfassen.

Einerseits muß nicht nur eine breite und haltbare Grundlage geschaffen werden, damit die höheren Stufen dieses Bildungsganges nicht auf Sand, sondern auf kräftiges Urgestein sich aufbauen, sondern die Entscheidung für die Wahl der verschiedenen an die Grundschule sich anschließenden Schulgattungen muß auch mit bewusster Absicht hinausgeschoben werden. Andererseits darf aber auch durch einen sechs oder sieben oder achtjährigen Unterbau die Erreichung des berechtigten Zieles der höheren Schulen nicht gefährdet werden.

Diese Doppelforderung wird durch eine fünfjährige Grundschule erreicht. (Beginn aller Schulen im Herbst.) Der Eintritt in die jetzigen höheren Schulen erfolgt nach dreizehnjährigem Volksschulbesuch mit Erreichung des 9. Lebensjahres; nach diesem Plane der Einheitsschule erst nach fünfjähriger Grundschule nach Erreichung des 11. Lebensjahres.

Aber noch weitere Vorurteile sind mit dieser fünfjährigen Grundschule verbunden. Der Volksschul-Ergänzungsbau der Grundschule — ich nenne ihn o b e r e Volksschule, da der Name Bürger- oder Tews- oder meines Erachtens nicht eignet — umfaßt drei Schuljahre, sodas auch in diesem Oberbau wieder nachdrücklich für die Erreichung des Zieles der Oberstufe der Volksschule gearbeitet werden kann. Ein zweijähriger Oberbau bringe zweifellos zu sehr in der Luft.

Die höheren Schulen würden bei fünfjährigem Unterbau sieben Schuljahre umfassen, sodas trotz durchgreifender Änderung der Lehr- und Stoffpläne die eigentlichen Ziele, welche die Erziehung solcher höheren Schulen berechtigen, erreicht werden könnten.

Ein großer Vorteil, der von erzieherischem Standpunkte aus sehr hoch zu bewerten wäre, ist, daß alle Schüler vom Lande, welche sich einer höheren Weisheitsbildung widmen möchten, bis zum 11. Lebensjahre (statt 9. Lebensjahre) in der Familie bleiben könnten; und Familienverhältnisse sind stets die wertvollste Erziehung. Die Ausbildungskosten für solche Kinder würden durch die fünfjährige Grundschule wesentlich verringert werden, sodas schon hierdurch manchen minderbemittelten Eltern auf dem Lande eher die Möglichkeit gegeben würde, ihrem Kinde die den Gaben, Kräften und Neigungen entsprechende Erziehung zukommen zu lassen. Der fremdsprachliche Unterricht wird wohl um zwei Jahre verschoben — dies ist aber kein Nachteil, sondern aus psychologischen Gründen ein Vorteil.

An die fünfjährige Grundschule schließt sich an: 1. die o b e r e Volksschule mit drei Schuljahren (diese beiden Schulen bilden die heutige Volksschule) 2. die M i t t e l s c h u l e mit vier Schuljahren. 3. die h ö h e r e n S c h u l e n mit sieben Schuljahren.

1. Die o b e r e Volksschule befindet sich in jeder Gemeinde; der weitere Aufbau dieser Schule ist die mit ihr eng verbundene vierjährige Fortbildungsschule oder das vierjährige niedere Fachschulwesen (Gewerbeschule usw.).

2. Die M i t t e l s c h u l e umfaßt vier Jahre mit einer Fremdsprache (Engl. oder Franz.). An diese Mittelschule schließt sich das mittlere Fachschulwesen an, wie Gewerbeschule, Handelsschule, Baugewerbeschule, Kunstgewerbeschule usw. Befindet sich die Mittelschule in einem Städtchen, in welchem sich kein Gymnasium befindet, so kann an diese Mittelschule ein gymnasialer Abt von drei Jahren mit fünf bis sechs Wochenstunden Latein angeschlossen werden.

\* Wir geben nachstehend einem praktischen Schulmann das Wort, ohne damit der Stellungnahme der Regierung vorzugreifen zu wollen; Red.

Wenn der dreijährige Unterbau der höheren Schulen unterteilt sich nur durch die Fremdsprache (Latein oder Engl.) von dem Lehrpläne der Mittelschule. Durch diese sogenannte M i t t e l s c h u l e kann die endgültige Entscheidung eines Kindes, ob es sich den gelehrten Berufen, also dem Gymnasium oder der Oberrealschule, bezw. dem Realgymnasium zuwenden will, noch um drei weitere Jahre hinausgeschoben werden, da der Schüler ungenügendfalls nur mit Nachholen einer Sprache (Latein oder Engl.) in die höhere Schule übertreten kann. (Siehe höhere Schule.)

Und der weitere große Vorteil ist, daß die Schüler vom Lande, welche die höhere Schule besuchen wollen, aber in diesem Falle in einer Stadt untergebracht werden müßten, diese Mittelschule im eigenen oder wohl in einem benachbarten Städtchen ohne großen Aufwand besuchen könnten, indem sie in den gymnasialen Abt eintreten. Da ja diese Mittelschule für viele Berufe die Durchschnittsschule bildet, müssen in vielen Städtchen solche errichtet werden. Auch hierdurch würden sich für manche Familien auf dem Lande die Ausbildungskosten für ihre Kinder nicht unwesentlich verringern.

3. Die h ö h e r e n S c h u l e n, Gymnasium, Oberrealschule und Realgymnasium gliedern sich in einen Unter- und in einen Oberbau. Der Unterbau dieser höheren Schulen umfaßt drei Schuljahre, der Oberbau vier Jahre, sodas die höheren Schulen von sieben Jahren gebildet werden. In dem Unterbau von drei Jahren wird nur eine Fremdsprache erteilt und zwar mit fünf bis sechs Wochenstunden. (Latein — Gymnasium; Engl. — Realschule; Franz. — Realgymnasium.) Mit Ausnahme dieser einen Fremdsprache besteht zwischen dem dreijährigen Unterbau der höheren Schulen und den drei unteren Jahren der vierjährigen Mittelschule kein Unterschied im lehrplanmäßigen Stoffe, sodas der Unterbau der höheren Schulen ebenso als Mittelschule zu gebrauchen ist, wie umgekehrt. Nur durch die Wahl der Fremdsprache entscheidet sich der Schüler vorerst für die Mittelschule oder für eine höhere Schule. Auf diesem Wege ist es möglich, daß ein Schüler von 14 Lebensjahren noch von einer höheren Schule in eine andere übertreten kann, da er nur den Wissensstoff einer Fremdsprache nachholen müßte. Und diese erleichterte Möglichkeit des Übergangs gehört zum Wesen der Einheitsschule.

Erst der vierjährige Oberbau der höheren Schulen (also allgemein erst vom 14. Lebensjahre ab) stellt mehr und mehr das Charakteristische der Eigenart der Schule in den Vordergrund. Das Gymnasium soll seine Schüler in die altklassische Kultur des griechischen und römischen Zeitalters mit den beiden Sprachen, Latein und Griechisch, einführen. Die Oberrealschule will den Schülern die moderne Kultur mit den zwei modernen Sprachen, Englisch und Französisch, übermitteln, und das Realgymnasium will beiden großen Kulturwelten durch die Sprachen Latein und Französisch gerecht werden.

In keiner höheren Schule dürfen mehr als zwei Sprachen unterrichtet werden. An die höheren Schulen, welche keine Berufsschulen sind und sein sollen, schließen sich die eigentlichen Berufsschulen für höhere Berufe an also Universität, techn. Hochschule, Handelshochschule usw.

Ich bin überzeugt, daß durch diese Organisation die höheren Schulen wohl in der Lage sein werden, die wertvollen Kulturwerte der Gegenwart und der Vergangenheit den Schülern, deren Gaben, Kräfte und Neigungen diesen Schulen entsprechen, zu übermitteln. (Die höheren Schulen werden in der Zukunft doch durch den Wegfall vieler ungenutzter Schüler wesentlich entlastet.)

Und trotz dieses vielfältigen Schulbaues würde dieser Schulorganismus nicht dem Gedanken der Einheitsschule gerecht werden! Wir müssen noch eine Schule haben, welche auch den Schülern, welche die Grundschule und die obere Volksschule (also bisherige Volksschule) mit gutem oder sehr gutem Erfolge durchlaufen, die Möglichkeit gibt, auf völliger deutscher Grundlage ohne jegliche Fremdsprache so weit gefördert zu werden, daß sie die höheren Berufsschulen (Universität, Polytechnikum, Kunstgewerbeschule usw.) besuchen können, sofern keine Sprachschwierigkeiten vorausgesetzt werden. Diese deutsche Schule umfaßt fünf Jahrgänge, mit Grundschule und der oberen Volksschule zusammen dreizehn Schuljahre.

Dieser schulische Aufbau der Einheitsschule führt in der Tat ein weitgehendes Zueinandergehen aller Schulen herbei. Und hierdurch ist die Möglichkeit gegeben, jeden Schüler in den Beruf kommen zu lassen, in welchem er seine ganze Kraft, gepaart mit dem freudigen Willen seiner Seele zu seinem persönlichen Glücke und zur Wohlfahrt des Ganzen auswirken kann.

### Deutsche Nationalversammlung.

In der Montagsitzung wurde zunächst mitgeteilt, daß Abg. Dietrich-Baden (Dem.) sein Mandat niedergelegt hat. Auf der Tagesordnung steht die sozialdemokratische Lebensmittelpollaktion.

Abg. Wähle (Soz.): Wir verlangen Verteilung der ausländischen Lebensmittel nach der Bedürftigkeit. Die Entente müßte unsere Notlage sehr aus, aber die Verteilung werden noch verschlechtert durch die fortwährenden Streiks, deren Folgen ein weiteres Sinken der deutschen Baluta ist. Unsere Arbeiter sollten sich von den gewissenlosen Demagogen abwenden. Im Notfall müssen Reichsmittel zur Verfügung gestellt werden, damit jeder Verbraucher, auch der Kinderbemittelte, sich ausländische Lebensmittel kaufen kann. Wir for-

... in Festhaltung an der Zwangswirtschaft, so lange ein Anknüpfen an den notwendigsten Lebensmitteln besteht.

Ernährungsminister Schmidt: Ich kann nicht mit der Verteilung warten, bis eine gleichmäßige Abgabe an das ganze Land stattfinden kann. Ich muß zunächst gewisse Bezirke bevorzugen. Nur durch Betrug oder Diebstahl könnten die ausländischen Lebensmittel in die Kanäle des Schleichhandels geleitet werden. Was mich auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung beunruhigt ist, daß in letzter Zeit große Lebensmittelmagazine in erheblichem Umfange geplündert worden sind. Diese Vorgänge vermindern unseren Kredit im Auslande und erschweren erheblich die Einfuhr. Beunruhigend ist auch, daß die Lebensmitteltransporte nur mit starker militärischer Bedeckung gehen können. Eine Beunruhigung entsteht weiter dadurch, daß durch den Streik der Bankbeamten die Abgabe ausländischer Wertpapiere verzögert wird. Wir haben zu befürchten, daß die auf dem Wege befindlichen Lebensmittelgeschiffe, wenn wir nicht die Finanzierung der Lebensmittel aufbringen können, noch auf der Fahrt umbricht werden und ihren Bestimmungsort Deutschland überhaupt nicht erreichen. Durch die Streikfrage, ob bei der Entlassung eines Angestellten, diese oder jene Angestelltengruppe mitzubestimmen hat, kommt die Nation in Gefahr, in ihrer Lebenshaltung beeinträchtigt zu werden. Mit großer Beunruhigung sehe ich die Schiffe aus deutschen Häfen mit Ballast abfahren, obwohl wir in der Lage wären, Kaffee als Zahlungsmittel auszuführen. Schließlich kann doch nicht eine einzelne Gewerkschaft unter Ausnutzung der Zwangslage der heutigen Gesellschaft auf der unangenehmsten Erfüllung ihrer Forderungen bestehen. Wenn die Arbeitgeber eine bessere Lebensmittelversorgung für sich beanspruchen, so sage ich: Niemand hat mir schwerere Hindernisse bei der Besserung der Lebensmittelversorgung in den Weg gelegt, als die Vergarbeiter mit ihren Forderungen. (Mit erhobener Stimme): Wenn in der Bevölkerung Unruhen vorhanden sind, so mögen sich die Bewohner an die einzigen Schuldigen halten. Was die Verteilung der ausländischen Lebensmittel anlangt, so handelt es sich für den Augenblick nur darum, wohin die Bestände, die im beschränkten Umfange vorhanden sind, geleitet werden sollen. Darauf antworte ich: Von den großen Städten, wo sie am dringendsten benötigt werden. Ich werde mich durch keine Vorstellungen davon abbringen lassen, diese bevorzugten Lieferungen durchzuführen. Ich halte diese Bevorzugung auch aus rein volkswirtschaftlichen Gründen für notwendig, denn es handelt sich dabei um Industriebezirke, die in erster Linie beruhen auf unserer wirtschaftlichen Lage wieder hochzubringen. Ich sehe darin auch ein vorzügliches Mittel zur Bekämpfung der politischen Unruhen, die ihren Untergrund zu einem erheblichen Teile zweifellos in der nicht ausreichenden Lebensmittelversorgung haben. Der Vorwurf, daß uns die Entente besonders hohe Preise auferlegt, ist unberechtigt. Die einzigen Schuldigen sind wir selbst, nämlich infolge des Zusammenbruchs unseres Wirtschaftslebens. Unsere Valuta finkt fortgesetzt. Der Speck, den ich am 14. März mit 8,37 M. das Kilo in Aussicht stellte, ist durch das Sinken der Valuta am 10. April schon auf 10,82 M. gestiegen. Man hat meine Grundpreispolitik bemängelt. Ich brauche noch einen Zusatz von 600 000 Tonnen Mehl zur Brotbereitung. Die Ablieferung von Getreide ist in den letzten Monaten überraschend gut gewesen. Die Zwangswirtschaft ist also nicht zusammengebrochen. Gätten wir für die großen Betriebe der Landwirtschaft Kohlen, so wäre noch viel mehr Getreide abgeliefert worden. Wenn ich dann die 600 000 Tonnen Mehl zur Brotbereitung aus fremdem ausländischen Mehl hinzufüge, so ergibt das einen Fehlbetrag für die Reichskasse von 1 Milliarde Mark. Dieser Fehlbetrag erhöht sich noch um 1,5 Milliarden Mark durch das Mehl, das ich durch den Ausfall der Kartoffeln zur Verfügung stelle. Da ich die Reichskasse bei der Gesamtlage nicht in Anspruch nehmen kann, muß ich auf den Preis des Mehles eine Mitsopprimie hinzuschlagen. Ich werde die Einrichtung treffen, daß auf die Brotkarten ein größeres Quantum Mehl genommen werden kann. Dann können die Begüterten Weizenmehl nehmen und die Minderbemittelten Brot. Für die Verteilung der Einkünfte aus dem Auslande konnten wir eine neue Pflichtgesellschaft gründen oder eine große Expeditionsfirma beauftragen. Ich habe das Letztere gewählt. Arbeiter- und Kohlenmangel erklären, daß wir keinen Zucker und auch keine Marmelade haben. Die Zwangswirtschaft der Eier wurde aufgehoben, weil der große Verwaltungsapparat in keinem Verhältnis zu dem Erzeugnis stand. Da haben gerade die Kleinbauern die Aufhebung verlangt, und die Regierung hat alles Interesse daran, mit den Kleinbauern in ein gutes Verhältnis zu kommen. Was in meinen Kräften steht, wird geschehen, um die Einfuhr ausländischer Lebensmittel zu fördern. In diesem Bemühen kenne ich keinen besseren Bundesgenossen als die deutsche Arbeiterklasse. Wenn sie die Erzeugung steigert, ist sie die beste Helferin in unserer Lage.

Abg. Schlaf (Ztr.): Die hohen Preise für die Auslandslebensmittel können gerade von den schlecht gestellten, kinderreichen Familien nicht gezahlt werden, die eine Verbesserung ihrer Ernährung am meisten bedürfen. Hier muß vom Reiche Hilfe geleistet werden. Der Streik muß jetzt überhaupt als Kampfmittel auscheiden und das Schiedsgerichtsverfahren an seine Stelle treten. Die Zwangswirtschaft darf nur beibehalten werden für Brot, Fleisch, Fett und Kartoffeln. Auslands bietet uns in Zukunft die Möglichkeit einer besseren Lebensmittel-

versorgung. Die Mächte, die uns immer drückendere Bedingungen auferlegen wollen, sollten bedenken, daß sie dadurch die Interessen der Gemeinschaft zwischen Deutschland und Rußland fällen.

Abg. Dr. Borchers (Dem.): Die mehr als 100%ige Besteuerung des ausländischen Mehls wirkt stimmungserhörend auch bei denen, die an sich zahlungsfähig sind. Durch die Verteilung der Kommunen wird der Preis noch weiter verteuert. Ich bin dafür, die Kommunen auf diesen Gebiete ganz auszuscheiden. Als Beteiligungsstellen sind sie gar nicht zu benutzen. Was uns jetzt allein noch retten kann, ist die Arbeit. Sonst verlieren wir im Auslande jeden Kredit und können nicht mehr kaufen. Dazu gehört, daß eine andere Bestimmung in unserer Arbeiterschaft nachgehalten wird, als sie jetzt maßgebend ist, und vor allen Dingen muß die Zwangswirtschaft bei der Einfuhr und Verteilung der Rohstoffe beseitigt werden. Der Kredit, auf den wir uns allein noch stützen können, ist der, den sich die privatwirtschaftlichen Unternehmungen in jahrzehntelanger Arbeit draußen erworben haben. Er tritt in dem Augenblick in die Erscheinung, in dem das Ausland sich fügen kann, in Deutschland haben sich wieder gesunde Zustände an.

Abg. Arnstadt (D. Nat.): Wir erkennen dankbar an, daß der Minister gut genug gezeigt hat, wie die Dinge liegen, und die Verhältnisse so dargestellt hat, wie sie sind. Die Zwangswirtschaft hat veragt. Mindestens eine teilweise Aufhebung der Zwangswirtschaft ist möglich. Wenn wir die Eigenwirtschaft fördern und dem Landwirte ausreichende Preise gewähren, dann wird die Landwirtschaft wieder in die Lage kommen, unser Volk besser und billiger zu ernähren. Die Regierung soll alles tun, um unsere Landwirtschaft leistungsfähiger zu erhalten.

Abg. Zupke (D. Vp.): Die Regierung muß endlich dafür sorgen, daß die dazu geeigneten Arbeitslosen aus der Großstadt aufs Land zur Landarbeit gehen, denn wenn in Deutschland mehr gearbeitet wird, so wird der Preis der ausländischen Lebensmittel sinken. Wir wünschen einen allmählichen Abbau der Zwangswirtschaft. Die Landwirtschaft würde zugrunde gehen, wenn auch nur der leiseste Versuch ihrer Sozialisierung gemacht werden würde. Die Zwangswirtschaft muß verschwinden und an ihre Stelle muß treten straffe Selbstzucht der Landwirte und der Verbraucher.

Abg. Barm. (L. S. P.): Durch die Streiks wird allerdings unter Volkswirten sehr gehäuft. Aber die Schuld trägt die jetzige Wadelpolitik der Regierung, die den Vergarbeitern erst jetzt das Bewilligt, was ihnen schon vor Wochen hätte bewilligt werden müssen. Wenn unsere Vergarbeiter und unsere Industrie nicht arbeiten, dann gehen wir zugrunde. Deshalb muß die Regierung die Arbeiter zu ihrem Recht kommen lassen. Die Reichskasse muß den Fehlbetrag aus den teureren Mehlpreisen tragen. Die arme Bevölkerung muß vor allem kräftig ernährt werden. Dem freien Handel werden schon jetzt zu viele Zugeständnisse gemacht. Die Arbeiter müssen erst wieder Glauben und Vertrauen zu ihren Vertretern gewinnen, dann werden sie auch ihre Ruhe und ihre Arbeitslust wieder bekommen.

Ernährungsminister Schmidt: Wenn es den Unabhängigen ernst ist mit dem Appell an die Arbeiterklasse, wieder zur Arbeit zurückzuführen, so mögen sie einen entsprechenden Appell an ihre Vertrauensleute im Industriegebiet richten. Bis jetzt haben sie das Gegenteil getan.

Oberst Bahig: Aus den militärischen Beständen ist bereits alles, was nicht unbedingt gebraucht wird, dem Reichswehrverwaltungsamt zur Verfügung gestellt worden.

Damit schließt die Aussprache. Nächste Sitzung Dienstag, 1/10 Uhr. Anträge. Ministerberichterstattung, Ermächtigungsgesetz, Kaltegeß und Wahlprüfungen. Schluß 7 Uhr.

Der neuere Ausschuss der Nationalversammlung für die Friedensverhandlungen hat sich heute konstituiert. Er setzt sich zusammen aus dem Präsidenten der Nationalversammlung, den drei Vizepräsidenten der Nationalversammlung und 28 Mitgliedern aller Parteien. Als große Friedensübung der Nationalversammlung soll zum Schluß der heutigen Sitzung eine Wochensitzung des Reichspräsidenten an das deutsche Volk werden.

## Politische Uebersicht.

### Der Raub- und Gewaltfriede.

\* Aus Paris berichtet Ag. Havas: Der günstige Eindruck über die Richtung der der Verhandlungen des Vierzehnterats bestätigt sich völlig. Zu den bereits gemeldeten Tatsachen sind folgende Mitteilungen bekannt geworden: Die Frage des Saarbezirks wurde so geregelt, daß die Vergewerke auf einige Zeit an Frankreich kommen. Deutschland wird für die Einwohner des Landes verantwortlich bleiben. Frankreich wird das Polizeiwesen ausüben. Die politische Souveränität des Landes untersteht einem Direktorium, das vom Viererband festgelegt wird und aus fünf Mitgliedern bestehen soll, und zwar aus einem französischen, einem Einwohner des Saarbezirks und drei von der Konferenz festzustellende Persönlichkeiten. Die Einwohner des Saarbezirks

verfügen über alle bisherigen Rechte, werden aber keine Abgebunden in das deutsche Parlament entsenden. Dies Regime dauert 15 Jahre. Nachher wird eine Volksabstimmung über die Zugehörigkeit des Landes vorgenommen. Wird eine solche zugunsten Deutschlands ausfallen, so wird Deutschland es zum Schätzungspreise von Frankreich zurückkaufen und die Summe in Gold begleichen müssen. In der Tat ist hier von einer Annexion keine Rede, (Man höre! Red.) da den Saarbezirk die Bewohner freie Hand gewährt, ihr Selbstbestimmungsrecht zu wahren.

Sodann wird ein weiteres Problem in der Entschädigungsfrage gelöst. Wie bereits gemeldet, soll Deutschland 125 Milliarden Entschädigungen bezahlen, wovon 55 Proz. Frankreich zufallen. Die Summe ist in jährlichen Raten zahlbar, von der die Minimalsumme von der Friedenskonferenz festgelegt wird. Die Frage der Garantie, die Frankreich gegenüber weiteren Angriffen Deutschlands erhalten soll, ist noch nicht geregelt. Der Vierertrat hört dazu den französischen Standpunkt, der militärisch in der Neutralisierung des linken Rheinflusses und dem Verbot an der Neutralisierung, dort Festungen, Garnisonen oder andere strategische Unternehmungen zu unterhalten, gipfelt.

Die Besetzung des linken Rheinflusses soll von Frankreich allein durchgeführt werden. Zudem bleibt eine neutrale Zone von 50 Kilometer Tiefe bestehen. Die weiteren Maßnahmen, sowie die Besetzung der Rheinbrücken werden nach 15 Jahren, wenn die deutschen Entschädigungen bezahlt sind, aufgehoben und die Truppen werden sich dann stufenweise zurückziehen. Der Vertrag sieht auch die Einschränkung der Rüstungen Deutschlands vor.

Der Eindruck dieser Abmachungen ist in Frankreich ein äußerst günstiger und man glaubt, daß eine Veränderung nicht mehr möglich sein wird. Die Westgrenze Deutschlands ist nun gezogen, ebenso ist die Ostgrenze nahezu erledigt. Es gilt nur noch die Frage der Staatsengrenze auf der Balkanhalbinsel und gegen Ungarn zu regeln. Die Vorbereitungen hierzu sind erledigt. Der Vierertrat dürfte nur noch die italienisch-slavische Grenze und die sibirische Frage zu erledigen haben.

Der „Temps“ glaubt zu wissen, daß im Eingang zu den Friedensverhandlungen die „Verantwortlichkeit Deutschlands am Kriege“ festgesetzt werden wird.

### Die Ankunft der deutschen Delegation in Versailles.

Nach französischen Blättern soll die deutsche Delegation demnächst nach Versailles gerufen werden. „Leit Parisien“ glaubt, daß die alliierten Regierungen sich bereits über das Datum geeinigt haben. Die Einberufung soll vor dem 20. April erfolgen. Nach dem „Echo de Paris“ sind die Diskussionen für die zweite und dritte Woche vorgesehen.

Clemenceau wird namens der Alliierten in der Präseur von Versailles dem Grafen Bernstorff-Bankow den Text der einflussigen von der Konferenz angenommenen Bedingungen zur Kenntnis bringen. Nach dem „Leit Journal“ wird Lloyd George der Konferenz von Freitag ab in Paris wieder betrauen.

### Zur Sozialisierung der Kohlenwirtschaft.

Im Reichswirtschaftsministerium trat heute der Sachverständigenrat zusammen, der auf der Grundlage des Reichskohlengesetzes vom 23. März über die zukünftige Ausgestaltung der deutschen Kohlenwirtschaft zu beraten hat. In der Eröffnungssprache wies der Reichswirtschaftsminister auf die Bedeutung der zu fassenden Beschlüsse für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands hin und warnte vor frühzeitigem Vorgehen bei dem Ausbau der Neuorganisation, da nur von der organischen Entwicklung von dem Vorhandenem Gutes erwartet werden könne.

Nach dem von der Regierung vorgelegten Arbeitsplane soll das Ausführungsgesetz bis Ende Mai mit dem Sachverständigenrat zusammen in endgültiger Fassung fertiggestellt sein, anfangs Juni dem Staatsauschuss und der parlamentarischen Kommission vorgelegt und Mitte Juni verabschiedet werden. In der zweiten Hälfte des Juni sollen dann die gemeinwirtschaftlichen Verbände und der Reichskohlenrat nach dem Gesetze gebildet werden, damit am 30. Juni die Kohlenwirtschaft endgültig sozialisiert ist. In den ersten Fragen, die heute zur Beratung standen — Aufbau der Organisation und Regelung des Handels — besteht völlige Einmütigkeit der paritätisch zusammengesetzten Körperschaft. Besonders war die Ansicht ungeteilt, daß dem freien Kohlenhandel auch in Zukunft innerhalb des gemeinwirtschaftlichen Systems seine Berechtigung zukomme, da auf die Vorteile des freien Wettbewerbs nicht verzichtet werden könne und zudem bei Ausgestaltung des Handels der Weg zur Sozialisierung unüberwindlich sei. Über den Verlauf der Tagung, deren Dauer auf drei Tage berechnet ist, wird weiter berichtet werden.

### Der 2. Rätekongress in Berlin.

In der gestrigen Sitzung des Rätekongresses wurde die Sozialisierung des Wirtschaftslebens erörtert. An Stelle

## Landestheater.

„... von Kammermoor“ gehört zu jener Operngattung, deren ganz auf Wohlklang der Melodie und formale Schönheit gestellter Musik von Zeit zu Zeit genossen werden sollte, wie das „dolce far niente“ eines sommerlichen Erholungstags. Die Kontrastsprache Donizettis bildet eine einzige, dem Ohr schmeichelnde Kammermusik gegenüber dem Meer kompositorischer mühsamer Arbeit, wie wir sie heute gewohnt sind. Freilich ist die Musik auch von glatter, schablonenhafter Faktur und von gleichmäßiger Außerlichkeit, eine Zusammenfassung aller bewährten, auf Wirkung berechneten Effekte der alten „opera seria“. Zu oft genossen würde der Trank, den der Italiener uns kredelt, in Wälde schal und süßlich munden. Die Hauptwirkung dieser echten Konzertoper hängt naturgemäß von der Besetzung der Gesangsstellen ab. In dieser Hinsicht aber läßt sich kaum ein geeigneteres Ensemble denken, als es unserm Landestheater bei der diesmaligen Aufführung zur Verfügung stand. Hier war vor allem unserer Koloraturfängerin, Frau von Ernst, in der Titelrolle Gelegenheit zur Entfaltung all der Vorzüge gegeben, auf deren harmonischem Zusammenwirken der eigenartige Reiz beruht, der ihre Leistungen vor denen der meisten ihrer Fachgenossinnen auszeichnet: ein virtuoses technisches Können, das ihr in der Kantilene sowohl wie im figurativsten Koloraturgesang die völlige Herrschaft über ihr Organ gewährleistet, eine eminente Musikalität, die sich auch in der absoluten Genauigkeit der Intonation befindet, eine reife gefangene Kultur und eine Fähigkeit der Besetzung und ausdrucksvollen Verlebendigung des Vortrags, wie sie nur einer Sängerin von seltener Intelligenz zu Gebote steht. So zeichnete die Künstlerin eine Lucia, der man Liebe, Innigkeit, Hingebung, Schmerz und Wahnsinn auch dort glaubte, wo die äußerlichen Effekte einer überlebten Kontrast alle Wahrheit des Empfindens totzuschlagen drohen. Daneben stand die prachtvolle Leistung Hellmut Neugebauer als Edgar, der mit seinem schönen und ausdrucksvollen Tenor nicht allein den Anforderungen des bel canto völlig gerecht wurde, sondern auch durch lebendige Darstellung und sinnemäßige Interpretation von Regitativ und Arie der wenig dramatischen Partie Temperament und Feinsinn einzulösen wußte. Mit kraftvollem und bewegtem Ausdruck gab Venno Biegler, dessen schmelzender, charakteristisch gefärbter Bariton gerade dieser Partie aufs glanzvolle zuhatten kommt, den tyrannischen Intriganten Ashton. Der klug-schöne Was des Herrn Ed. (Vizebeim) fügte sich ebenfalls in den

Nahmen des Solisten-Ensembles ein, das noch durch die Herren Bussard und Kalnbach und Fel. Koppfen deren schöne ruhige Tongebung auch diesmal wieder auffällig ergänzt wurde. Den guten Einzelleistungen entsprach der prächtige Zusammenklang der Stimmen in den Duetten und den Ensemblestücken, namentlich auch in dem großen Sextett des zweiten Aktes. Auch die Chöre und das Orchester boten unter Kapellmeister Lorenz sorgsam abgehoene Leistungen. In der heftigen Aufmachung und der Regieführung leistete Herr Bussard auch diesmal das im Rahmen der Verhältnisse Mögliche. Unschön wirkte lediglich das Ballet im schottischen Hochlandskostüm mit Trilots. Warum läßt man die wenigen Takte nicht lieber durch den Chor tanzen? E. R.

### Das alte und das neue Kurhaus in Baden.

\* Der Badische Kunstgewerbeverein hatte dieser Tage zu einem Vortrag des Oberbaurat Stürzenacker über das alte und das neue Kurhaus in Baden eingeladen. In einer Begrüßungssprache betonte der erste Vorsitzende, Architekt Wittali, die Notwendigkeit, daß sowohl der Staat, als die Städte und Private dem Kunstgewerbe Aufträge erteilen, damit es sich von den schweren Schäden der Kriegsjahre wieder einigermaßen erholen könne. Als letzten großen Auftrag seitens des Staates nannte er den Umbau des Kurhauses in Baden, eine Aufgabe, die von dem Redner des Abends in mustergetreuer Weise gelöst worden sei. Oberbaurat Stürzenacker hielt sodann einen überaus fesselnden Vortrag über das allmähliche Werden des Kurhauses in seiner gegenwärtigen Gestalt, den er zugleich zu einem lebensvollen Kulturbilde der Väterstadt für das vergangene Jahrhundert erweiterte. Einleitend legte er dar, daß gegen Ende des 18. Jahrhunderts die Stadt Baden das sogenannte Promenadenhaus für Kurweide erbaute, infolge seiner Unzulänglichkeit aber einige Jahrzehnte später das ehemalige Seilunterkammer (jetziges Rathaus), dafür einrichtete. Bei vermehrten Bedürfnissen wegen des steigenden Fremdenverkehrs erbaute dann Weinbrenner im Auftrag der Großherzoglichen Regierung 1822—26 das alte Kurhaus, bestehend aus einem großen Mittelbau, der die Spiel- und Konzertsäle enthielt, einem linken Flügelbau, dem alten Promenadenhaus mit dem Wirtschaftsräumen und einem rechten Flügelbau mit dem Theater. Diese

Flügel waren mit dem Mittelbau durch Hallen verbunden, hinter denen sich Kaufläden befanden. Während nun die äußere Architektur dieser Anlage auch in der Folgezeit im wesentlichen unangetastet blieb, wurden die inneren Räume in den Glanzzeiten Baden-Badens 1838—72 unter den Episcopätern Wenzel und Zeyher durch französische Künstler völlig umgebaut, neue Säle hinzugefügt, alle glänzend ausgestattete und zu einer Sehenwürdigkeit ersten Ranges erhoben. Nach Aufhebung des Spiels blieb der Bau über 40 Jahre lang im ganzen unverändert und erst in neuester Zeit gaben die vielfachen Mängel des linken Flügelbaues, der aus dem alten Promenadenhaus hervorgegangen war, den Anlaß, daß dieser durch einen vollständigen Neubau ersetzt wurde, der sich aber mit dem Mittelbau gut zu einer harmonischen Gesamtercheinung vereinigt. Nach eingehender Darlegung der bei dieser Erneuerung abzuwickelnden Gesichtspunkte, sowie einer Besprechung der Ausstattung und der von verschiedenen Künstlern ausgeführten Arbeiten, die auch durch eine größere Auswahl von Zeichnungen und Photographien veranschaulicht wurden, schloß der Redner seine inhaltreichen Ausführungen mit den besten Wünschen für ein neues Aufblühen der herrlichen Väterstadt.

### Zeitschriftenschau.

Mit der sechsten erschienenen Nummer 3952 beschließt die Leipziger „Illustrirte Zeitung“ das erste Quartal 1919 Tagesgeschichtliche Ereignisse von größter Bedeutung für den Aufbau unseres Staatswesens sind in den verflochtenen Wochen vor sich gegangen. Sie haben ihren bildlichen Niederschlag in den vorliegenden Heften der Illustrirten Zeitung gefunden, die den Charakter der angelegenen Wochenzeitschrift als großzügige Zeitschrift auch sonst nicht verleugnen. Darüber hinaus ist die Illustrirte Zeitung aber auch ein vornehmtes Unterhaltungsblatt. Ihre drucktechnische Ausstattung, der alle Fortschritte der neuesten Reproduktionstechnik nutzbar gemacht werden, ist unübertroffen. Wer ein Blatt wahrhaft univertalen Charakters sucht, dem sei die regelmäßige Lektüre der Leipziger „Illustrirten Zeitung“ warm empfohlen. Der vierteljährliche Abonnementpreis von M. 18.— entspricht durchaus dem Wert und der Fülle des Gebotenen.

des antiken Karl Rautsch verlor keine Frau...  
richt, in dem die Schaffung einer Organisation...  
durch die den Arbeitern und Konsumenten in der Wirtschaft  
der notwendige Einfluß auf den Produktionsprozeß ermöglicht  
werden soll. Nur zur Sozialisierung reife Produktionszweige  
dürften sozialisiert werden. Die bäuerliche Landwirtschaft  
sei noch nicht reif dafür. Die heutige Koalitionsregierung  
habe die Sozialisationskommission zur Bedeutungslosigkeit  
herabgedrückt. Man schaffe ein Sozialisationsamt und erweitere  
dessen Befugnisse für Reich, Staat und Gemeinde.

In der Erörterung erklärte Kautsch (Soz.): Wenn Rautsch  
das Konsumenteninteresse an die Spitze stelle, so sei das ein  
Verstoß ins Manchesterliche.

Reichsminister Bissel erklärte sich mit dem Bericht einverstanden  
und lehnte nur die gegen die Regierung gerichteten  
Ausführungen ab.

König-Halle (L. S.) sagte: Die Betriebe müssen durch Betriebs-  
rat und Arbeiterräte von innen heraus für die Sozialisierung  
reif gemacht werden.

### Der Sieg der Regierung Hoffmann.

\* Die aus Bayern an Berliner zuständiger Stelle vorliegenden  
Nachrichten ergeben, daß an dem vollständigen Sieg der rechtmäßigen  
Regierung Hoffmann nicht mehr zu zweifeln ist.

### Die Zustände in Braunschweig.

\* Die Lage in Braunschweig ist, so wird aus Gargburg gemeldet,  
im ganzen unbedeutend. Der bürgerliche Streik erweist sich  
immer mehr als unglücklich für die Entwicklung der Dinge;  
nicht nur, daß durch die Einstellung des Post- und  
Druckverkehrs die Lügen der Kommunisten ungehindert weiter  
wirken können, die Kommunisten holen nun ihrerseits zu einem  
Gegenschlag auf die Bürgerpartei aus. Merges hat verfügt,  
daß Brot nur an die Konsumvereine ausgegeben werde, die  
„Reihen“ sollen verhängen. Trotzdem ist nach wie vor damit  
zu rechnen, daß die überwiegende Mehrheit der streikenden  
Arbeiter am Montag die Arbeit wieder aufnehmen wird. Die  
Stadt Braunschweig stellt sich immer deutlicher als die Zentrale  
einer wohlorganisierten bolschewistischen Propaganda über ganz  
Westdeutschland dar, in der Eichhorn, Merges und die Unabhän-  
gigen Vertreter die Hauptrollen spielen.

General Merges erhielt nach einer Meldung aus Berlin  
von dem Reichswehrminister den Befehl, zur Wiederherstellung  
gesicherter Verhältnisse im Eisenbahn-, Post- und Telegraphen-  
verkehr, der seit Tagen gestört ist, sowie zur Verhinderung von  
Gewalttätigkeiten an Post- und Eisenbahnbeamten, mit seinem  
Korps in Braunschweig einzurücken. Das Unternehmen wird  
in den allernächsten Tagen erfolgen.

### Lenins Umkehr.

\* Ueber ein Gespräch mit Lenin wird aus Stockholm berichtet:  
Lenin räumte ein, daß er die Zeit bis zur Weltrevolution  
irrig bemessen habe. Vielleicht in 10 Jahren werde sie  
eintreten. Diese Worte werden für Rußland zu lang sein.  
Es könne nicht länger gegögert werden, dem Zusammenbruch  
vorzubeugen. Zu diesem Zweck müßten schleunigst Ver-  
kehrsmöglichkeiten geschaffen und das Eisenbahnmaterial  
wieder instand gesetzt werden. Deutsche Ingenieure und  
deutsche Lokomotiven seien erwünscht.

## Badischer Teil.

\*\* Die Badische Hof- und Landesbibliothek ist nach Sitzung § 20  
von Gründonnerstag bis einschließlich Sonntag den 27. April  
geschlossen. Die auswärtigen Benutzer werden ersucht, hiervon  
Kenntnis zu nehmen.

### Die Beschäftigung ausländischer Arbeiter.

\*\* Mit Rücksicht auf die große Arbeitslosigkeit wird  
der Einwanderung ausländischer Arbeitskräfte mit allen  
gesetzlichen Mitteln, insbesondere durch die Verweigerung  
der Ausstellung von Arbeiterlegitimationskarten entgegengetreten.  
Auch die Beschäftigung polnischer Saisonarbeiter  
in der Landwirtschaft wird nur dann zugelassen,  
wenn der Unternehmer nachweist, daß er keine geeigneten  
deutschen Arbeitskräfte erhalten kann und daß sonst die  
Wirtschaftsleistung seiner Grundstücke leiden würde.  
Soweit es sich bei den ausländischen Arbeitskräften um  
Personen handelt, die schon länger in Baden ansässig  
sind, oder deren Beschäftigung im Inland im öffentlichen  
Interesse liegt, wird die Arbeiterlegitimationskarte  
wie bisher ausgestellt. Die Auswanderung ausländischer  
Arbeiter aber wird, wenn irgend möglich, durch rasche  
Ausstellung der Reisepapiere usw. erleichtert.

### Änderungen im Beamtenwesen.

\* Die badische Regierung wird demnächst beschließen, daß in  
Zukunft keine neuen Titel mehr verliehen werden, und daß  
lediglich noch Auszeichnungen in Frage kommen sollen. Da die  
jetzigen Auszeichnungen zum Teil sehr unklar und ungenau sind,  
ist beabsichtigt, in der nächsten Zeit neue Auszeichnungen für  
den Bereich der gesamten Staatsverwaltung zu schaffen. Im  
Badischen Beobachter wird ferner mitgeteilt, daß bei den Zurücksetzungen  
der Beamten künftig in der Veröffentlichung nicht mehr die  
Anerkennung langjähriger treugeleisteter Dienste ausgesprochen  
werden solle, sondern lediglich die Tatsache der Zurücksetzung.  
In dazu geeigneten Fällen wird dafür ein Handschreiben des Staatspräsidenten  
dem Beamten die Anerkennung des Staates für die geleisteten  
Dienste aussprechen. Auch der Verzichtung des Beamtenstandes  
soll, wie wir hören, die Regierung in nächster Zeit erhöhte  
Aufmerksamkeit schenken und hierzu geeignete Maßnahmen  
treffen.

Sowohl der „Badische Beobachter“. Ein endgültiger  
Beschluss wird erst dieser Tage gefaßt werden. Daß die  
überwiegende Mehrheit der Bevölkerung die neue  
Maßnahme der Regierung mit lebhaftem Beifall begrüßen  
wird, unterliegt für uns keinem Zweifel. Es ist ein  
wahrer Segen für unser Volk, daß mit dem Titelentzug  
nun endlich ein für allemal aufgeräumt wird. Dem Grundgedanken  
der von der Regierung in Aussicht genommenen  
Entscheidung wird es entsprechen, wenn künftig  
hin die Beamten, die Titel besitzen, keinen Anspruch  
mehr darauf haben, im Dienst mit diesen Titeln  
angerechnet zu werden.

### Gegen die Vereinigung von Baden und Württemberg.

\* Zu der jetzt vielörterten Frage einer Vereinigung  
Badens mit Württemberg hat die Kreisverwaltung...

...ng genommen, so sie den Vorort  
... ohne Verzug ausforder, durch eine öffentl.  
Erklärung zu bekunden, daß Industrie und Handel des  
Landes wohl im Einklang mit der Mehrheit der übrigen  
Bewirtschaftungsstellen an der politischen, wirtschaftlichen  
und kulturellen Selbständigkeit Badens festhalten  
wollen. Die Kammer vertritt den Standpunkt, daß bei  
einer Verschiebung des staatlichen Mittelpunktes  
von der jetzigen Landeshauptstadt weiter nach Osten  
der Süden unseres Staatsgebietes, namentlich  
aber Ortenau, Breisgau und Markgräflerland  
aus schwerste benachteiligt, in Bestand und natürliche  
Ausbildung unseres Verkehrslebens und Wirtschaftslebens  
tief eingegriffen, vor allem die Beziehungen des  
badischen Oberlandes zu den entscheidenden Stellen  
außerordentlich erschwert würden. Die Kammer  
verkennt gleichwohl nicht die Bedeutung eines  
engeren Anschlusses an Württemberg, und sie hat,  
nicht zuletzt im Hinblick auf die Notwendigkeit eines  
engeren Einvernehmens, ihr oftmals vorgebrachtes  
Begehren nach endlichem Ausbau der Elztalbahn  
erneuert. Sie stützt sich dabei auf den  
Vorrang, der diesem Plan gegenüber anderen  
Verkehrsobjekten von der früheren Volksvertretung  
Badens durch wiederholte eingehende Beschlüsse  
eingeräumt worden ist.

### Lehrerschaft und Schulbeiräte.

\* Während einige Lehrervereine erklärt haben,  
daß sie mit den neugeschaffenen Schulbeiräten  
keineswegs einverstanden sind, scheint der  
Badische Lehrerverein eine etwas verständlichere  
Haltung einzunehmen. In der letzten Nummer  
seines Vereinsorganes wird nämlich erklärt,  
daß durch die Schulbeiräte der Lehrerschaft  
ein dankens- und anerkennenswertes  
Mitwirkungsrecht in Unterrichts- und  
Erziehungsfragen eingeräumt wird. Der Weg  
zur Selbstverwaltung sei eröffnet. Die  
Lehrerschaft müsse nun selbst für die rechte  
Auswirkung und den weiteren Ausbau Sorge  
tragen, indem sie die Schulbeiräte mit dem  
Geist des gesunden Fortschritts, des  
rücksichtlosen Bestrebens, der Schule, der  
Jugend und der Volksbildung zu dienen,  
beleben.

### Die Handelskammer Karlsruhe gegen die Sozialisierung des Lebensmittelhandels.

\* Die Handelskammer Karlsruhe hat das  
Ministerium d. Innern auf die große  
Bedeutung aufmerksam gemacht, die sich der  
Kleinhandelskreise im Hinblick auf die  
Bestrebungen nach Sozialisierung des  
Lebensmittelhandels bemächtigt hat. Die  
Kammer hat darauf hingewiesen, daß eine  
derartige Sozialisierung zahlreiche  
Ergebnisse sowohl des Kleinhandels als  
auch des Großhandels und der Agenturen  
vernichten würde und daß sie auch nicht  
im Interesse der Konsumenten selbst läge.  
Insbesondere hat die Kammer hervorgehoben,  
daß durch eine Sozialisierung zahlreiche  
Angestellte stellenlos würden, und sie  
hat das Ministerium gebeten, energisch  
dafür zu wirken, daß der Kleinhandelsstand  
nicht durch Sozialisierungsexperimente  
zugrunde gerichtet wird.

### Die Bekämpfung der Wohnungsnot in Karlsruhe.

\* In Karlsruhe hat die Wohnungsnot  
allmählich einen Umfang angenommen,  
der tatkräftige Hilfe als gebieterische  
Notwendigkeit erscheinen läßt. Der  
Stadtrat hat dem auch soeben mehrere  
Vorlagen angenommen, die dem Mangel  
entgegenarbeiten sollen. In der ersten  
wird die Zustimmung des Bürgerausschusses  
zur Errichtung von acht Wohnhäusern  
auf dem südlichen Gelände östlich der  
Zulstraße beantragt. Nach dem  
vom Hochbauamt ausgearbeiteten  
Voranschlag erfordert die Ausführung  
2 120 000 Mark.

Eine weitere Vorlage sieht die  
Errichtung einer Kleinhäufung auf dem  
Domänengelände nördlich der Durlacher  
Allee, östlich der Bahnhofsstraße  
Karlsruhe-Mannheim vor. Das  
30 000 Quadratmeter umfassende  
Gelände soll von dem Badischen  
Domänenamt in Erbbaurecht  
übernommen werden. Auf dem  
Gelände sollen im ersten Ausbau  
zunächst 54 Einfamilienhäuser mit  
einem Höchstaufwand von 12 000  
Mark für das Haus erstellt werden.

Eine dritte Vorlage beantragt,  
der Bürgerausschuß wolle seine  
Zustimmung dazu erteilen, daß aus  
Anlehensmitteln ein Betrag von  
zwei Millionen Mark für die zu  
gewährenden Baukostenzuschüsse  
zu Wohnungsbauten bereit gestellt  
wird. Zurzeit liegen dem Stadtrat  
300 Gesuche um Gewährung von  
Baukostenzuschüssen vor.

Des weiteren beantragt der  
Bürgerausschuß wolle seine  
Zustimmung dazu erteilen, daß die  
Anliegerbeiträge für Herstellung  
der Straßen, Gehwege und  
Schmutzwasserkanäle ermäßigt  
werden, wenn in den Jahren  
1919 oder 1920 auf dem betr.  
Grundstück ein Kleinhäufungsbau  
erlaubt und bezogen wird. Die  
Widerstattung der Kosten von je  
einem Fünftel der Anliegerbeiträge  
erfolgt unter der Voraussetzung,  
daß die Wohnung in dem  
betreffenden Jahr ununterbrochen  
von einer Familie mit 4 oder  
mehr minderjährigen Kindern  
besetzt war. Es handelt sich  
also um eine Maßnahme zur  
Unterbringung von arbeitsreichen  
Familien.

Die Handwerker-Genossenschaft  
beschäftigt, auf dem  
Herdwiesengelände, nördlich der  
Grenadierkaserne und des  
Kadettenhauses zwischen  
Exerzierplatz und ehemaliger  
Rheinthalbahn Wohnhäuser für  
den Mittelstand und minderbemittelte  
Kreise zu erstellen, um dadurch  
der Wohnungsnot zu steuern  
und zugleich den Handwerker  
und Arbeiter Arbeitsgelegenheit  
zu bieten. Das erforderliche  
Gelände (rund 250 000 Quadratmeter)  
soll durch die Stadt erworben  
und der Genossenschaft im  
Erbbaurecht abgegeben werden.  
Es soll in die Stadteingemeindung  
übergehen. Der Stadtrat  
erklärte sich in seiner letzten  
Sitzung grundsätzlich  
hiermit einverstanden und  
erhielt das Finanzministerium  
um Überlassung des Geländes  
für die Stadt. Er betrachtet  
indessen diesen Eingriff in den  
Herdwies als eine lediglich  
durch die gegenwärtige  
Wohnungsnot gerechtfertigte  
Ausnahme von dem im  
übrigen festzuhaltenden  
Grundsatz, daß der  
Herdwies in der Nähe der  
Stadt erhalten bleiben muß.

In übrigen sieht sich auch  
die Stadt Karlsruhe gleich den  
Schweizerstädten Mannheim  
und Freiburg genötigt, von der  
ministeriellen Ermächtigung  
Gebrauch zu machen, anzuordnen:  
1. daß Wohnungen und Räume  
nur unter Namensangabe des  
Vermieters und genauer  
Bezeichnung von Straße,  
Hausnummer und Standort  
zu Wohnzwecken öffentlich  
ausgeschrieben werden dürfen,  
2. daß das öffentliche  
Versprechen einer Verlei-  
hung für den Nachweis von  
Mietwohnungen und Miet-  
räume, sowie die öffentliche  
Aufforderung zur Abgabe von  
Preisangeboten auf die  
Mietwohnungen und -räume  
verbunden ist, 3. daß die  
Vermietung, Überlassung und  
Inanspruchnahme von  
benutzten und unbewohnten  
Wohnungen und Räumen  
nur mit vorheriger  
Zustimmung der Gemein-  
debehörde zulässig ist. Es  
ist zu begrüßen, daß sich  
der Stadtrat ohne langes  
Zögern auch zu diesem  
Schritt entschlossen hat,  
dessen Notwendigkeit auf  
der Hand liegt.

### Der Schleichhandel in Südbaden.

oc. Schon seit längerer Zeit  
war bekannt, daß in  
Konstanz der Schleichhandel  
ganz besonders blüht. Der  
„Alb-Post“ in Waldshut  
veröffentlicht nun eine  
Darstellung über die  
Verhältnisse in Konstanz,  
aus der hervorgeht, daß die  
Zentrale des Schleichhandels  
an der deutsch-schweizerischen  
Grenze in Konstanz liegt.  
Die Hotels und Gasthäuser  
sind in den meisten Fällen  
derart überfüllt, daß man  
keine Unterkunft finden  
kann. Auf die neugierige  
Frage eines Reisenden nach  
der Ursache dieses großen  
Fremdenzuströms wurde ihm  
von dem Hotelportier der  
Bescheid, daß es in der  
Hauptstadt Schleichhändler  
sind, die die Konstanzener  
Hotels bedürfen und den da  
aus ihre Fahrten ins ganze  
Bodenseegebiet unternehmen.  
Sie seien von Großhändlern  
der gesamtesten Waren fest  
angestellt und überfluteten  
Dörfer und Höfe, um dort  
die Lebensmittel zu ungeheuren  
Preisen aufzulaufen.

### Kurze Nachrichten aus Baden.

oc. Mannheim, 14. April. Der  
Mörder des Kommerzienrats  
Reuter, der Geizhals Georg  
aus Birmensdorf, ist auf  
einem Gut im Biedersteiner  
besitzt worden. Georg ist  
bekanntlich den Fabrikanten  
Reuter auf offener Straße  
niedergeschossen.

B.C. Pforzheim, 13. April. Hier  
hat sich eine Mittelstands-  
vereinigung begründet, die  
mit ihrem Programm in der  
nächsten Woche hervortreten  
wird. Auch hat man die  
Abhaltung von Versammlungen  
geplant.

B.C. Püß, 13. April. Eine  
große Schnapsjähre ist hier  
aufgedeckt worden. Es  
sollen 10 000 Liter  
unberechtigter Weisje  
nach auswärts gefahren  
worden sein. Verhaftet  
wurden 10 Personen aus  
Püß, Steinbach, Eßental  
und aus Bühlertal.

B.C. Urloffen, 13. April. Zwei  
Bürgerjöhre wurden in der  
Nähe der neutralen Grenze  
von den Franzosen mit-  
genommen und die ganze  
Nacht im Wachtlokal  
gehalten. Ihre Eltern  
mußten ein Pfögegeld von  
je 50 Mark bezahlen. Sie  
hatten die Grenze nicht  
überschritten.

oc. Billingen, 15. April. Redakteur  
Fehreke von dem hiesigen  
Zentrumsblatt „Billinger  
Volksblatt“, der vor einem  
Monat gewaltsam aus der  
Stadt entfernt worden ist,  
ist wieder hierher  
zurückgekehrt und hat  
seinen Posten wieder  
übernommen.

### Aus der Landeshauptstadt.

Konzerthaus. Da  
Konzertmeister Fehreke  
infolge Verletzungs-  
störung verhindert ist,  
rechtzeitig aus Urlaub  
eingutreffen, kommt im  
morgigen Sinfonie-  
konzert des Doppelkonzertes  
von Brahms die erste  
Sinfonie von Beethoven  
zum Vortrag.

\* Eine neue  
Postkartenreihe aus dem  
Stadtpark. Im Auftrag  
der Stadtparkkommission  
ist dieser Tage eine neue  
Serie von Künstlerpost-  
karten mit Ansichten aus  
dem Stadtpark heraus-  
gegeben worden. Es sind  
12 Postkarten mit  
künstlerisch nachgebildeten  
Aquarellen von Kunstmaler  
Wilhelm Bohl. Neben einer  
Anzahl von besonders  
hübschen und in ihrem  
Farbenreichtum äußerst  
dekorativ wirkenden  
Einzelansichten aus dem  
Stadtpark, bekanntlich  
einer der schönsten  
Anlagen dieser Art, hat  
der Maler durch seine  
Naturförmlichkeiten  
erschlossen, an denen  
vielleicht viele Besucher  
des Stadtparks achlos  
vorübergegangen sind.  
All diese Bilder vom  
Schwanensee, vom  
Warmwasserfeld, vom  
Anstehungs-  
feld der verschiedenen  
Blumenarten, vom  
kleinen Teich in der  
japanischen Abteilung,  
aus dem Pflanzenhaus  
usw. zeigen in ihren  
Einzelheiten eine Fülle  
von Pracht und  
Schönheit.

Labengeschäftigkeit. Hierzu  
wird uns geschrieben:  
Nachdem seitens der  
Reichsregierung auch für  
das Verkaufspersonal die  
achtstündige Arbeitszeit  
angeordnet wurde, ist die  
Labengeschäftigkeit in  
Karlsruhe, den seitens der  
Arbeitnehmer geäußerten  
Wünschen entsprechend,  
allgemein auf die Zeit  
von morgens 8 bis  
abends 6 Uhr vereinbart  
worden. Um die  
Schlußzeiten pünktlich  
einhalten zu können,  
empfiehlt es sich, die  
Einkäufe in den  
Vormittags- oder den  
frühen Nachmittags-  
stunden vorzunehmen.  
(Siehe die Anzeige.)

## Staatsanzeiger.

Die vorläufige Volksregierung  
hat am 20. März d. J. den  
Oberjustizsekretär  
Heinrich Frey beim  
Amtsgericht Adelsheim  
seinem Antrag  
entsprechend unter  
Anerkennung seiner  
langjährigen treu  
geleisteten Dienste  
und unter Verlei-  
hung des Titels  
Kanzleirat wegen  
vorgerückten Alters  
auf 1. Juli d. J.  
in den Ruhestand  
versetzt.

Die vorläufige Volksregierung  
hat unterm 22. März d. J.  
den Oberjustizsekretär  
Rudwig Süßmann beim  
Landgericht Mosbach  
seinem Antrag  
entsprechend unter  
Anerkennung seiner  
langjährigen treu  
geleisteten Dienste  
und unter Verlei-  
hung des Titels  
Kanzleirat auf 1. Oktober  
d. J. in den Ruhestand  
versetzt.

Die badische vorläufige  
Volksregierung — Gesamt-  
ministerium — hat mit  
Entscheidung vom 23. März  
d. J. den Obergerichter  
Johann Maier bei der  
Oberdirektion des  
Wasser- und Straßen-  
baues auf sein  
Ansuchen wegen  
vorgerückten Alters  
in Anerkennung seiner  
langjährigen treu  
geleisteten Dienste  
auf 1. April d. J. in  
den Ruhestand  
versetzt.

Die badische vorläufige  
Volksregierung hat unterm  
1. April d. J. den  
Oberverwaltungs-  
sekretär Friedrich  
Klingmann beim  
Bezirksamt Heidelberg  
seinem Ansuchen  
entsprechend wegen  
leidender Gesundheit  
in den Ruhestand  
versetzt.

Die badische vorläufige  
Volksregierung hat unterm  
1. April d. J. den  
Rechnungsrat  
Blasius Kläber in  
Karlsruhe auf  
Ansuchen wegen  
vorgerückten Alters  
unter Anerkennung  
seiner langjährigen  
treuen Dienste auf 1. Juli  
d. J. in den Ruhe-  
stand versetzt.

Das Ministerium der  
Justiz hat unterm 4. März  
d. J. den  
Justizaktuar Otto  
Rehringer beim  
Notariat St. Blasien zum  
Amtsgericht Waldkirch  
versetzt.

### Die allgemeine Beibigung von Sachverständigen betr.

Univ.-Prof. Dr. Alfred  
Kreuz in Baden-Baden ist  
am 31. März d. J. durch  
das Amtsgericht Baden  
als Sachverständiger zur  
Erhaltung von Gutachten  
über chemische Unter-  
suchungen, insbesondere  
über Askanalysen, gemäß  
§ 410 Abs. 2 P.O., § 79  
Abs. 2 S.O., § 15 P.O.  
allgemein beibigt worden.

Karlsruhe, den 8. April 1919.  
Ministerium der Justiz,  
Der Ministerialdirektor:  
Duffner. Dießler.

